



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 6. Februar 2012 (15.02)
(OR. en)**

6169/12

PUBLIC 1

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
DEZEMBER 2011

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im Dezember 2011 angenommenen Rechtsakte^{1 2};
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Rechtsakte, wie das Datum der Annahme, die entsprechende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Dieses Dokument ist auch über die Website <http://consilium.europa.eu//> (Dokumente – Transparenz der Gesetzgebung – Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates) zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente (Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register) abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtsakte (zugänglich über die Website <http://consilium.europa.eu/> unter der Rubrik "Dokumente"– "Transparenz der Gesetzgebung"– "Ratsprotokolle").

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT
IM DEZEMBER 2011 ANGENOMMENEN RECHTSAKTE**

**3130. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN)
vom 1. Dezember 2011 in Brüssel**

Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien
Dok. 17965/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen
Dok. 17963/11

Schlussfolgerungen des Rates zu Ägypten
Dok. 17966/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Reaktion der EU auf die Entwicklungen in der südlichen
Nachbarschaft
Dok. 17967/11

**3131. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK,
GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 1./2. Dezember 2011 in Brüssel**

Verordnung (EU) Nr. 1337/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember
2011 zu europäischen Statistiken über Dauerkulturen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG)
Nr. 357/79 des Rates und der Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates
(Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 7-20

2011/831/EU: Beschluss des Rates vom 1. Dezember 2011 über die praktischen und verfahrens-
technischen Modalitäten für die Ernennung von vier Mitgliedern der europäischen Jury für die
Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel durch den Rat
ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 23-24

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 6/2011 des Europäischen Rechnungshofs über
die Wirksamkeit der aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ko-finanzierten
Projekte im Bereich Tourismus
Dok. 16947/11

Schlussfolgerungen des Rates "Folgemaßnahmen zum ersten Europäischen Semester und
thematische Überwachung in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik"
Dok. 17423/11 + COR 1

Schlussfolgerungen des Rates "Alterung als Chance für den Arbeitsmarkt und für die Entwicklung
von Sozialdienstleistungen und Gemeinschaftsaktivitäten"
Dok. 16474/11 + REV 1 (lv, hu) + ADD 1

Schlussfolgerungen des Rates "Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing –
Frauen und Wirtschaft: Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben als Voraussetzung für die
gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt"
Dok. 17420/11 + REV 1 (fr)

Schlussfolgerungen des Rates vom 2. Dezember 2011 zur Prävention, Frühdiagnose und Behandlung chronischer Atemwegserkrankungen bei Kindern
ABl. C 361 vom 10.12.2011, S. 11-13

Schlussfolgerungen des Rates vom 2. Dezember 2011 zur Früherkennung und Behandlung von Kommunikationsstörungen bei Kindern, einschließlich des Einsatzes von e-Health-Instrumenten und innovativer Lösungen
ABl. C 361 vom 10.12.2011, S. 9-10

Schlussfolgerungen des Rates zur Behebung des Gesundheitsgefälles innerhalb der EU durch ein abgestimmtes Vorgehen im Hinblick auf die Förderung von gesunden Lebensweisen
ABl. C 359 vom 9.12.2011, S. 5-8

3133. Tagung des Rates der Europäischen Union (WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)) vom 5./6. Dezember 2011 in Brüssel

Richtlinie 2011/97/EU des Rates vom 5. Dezember 2011 zur Änderung der Richtlinie 1999/31/EG im Hinblick auf spezifische Kriterien für die Lagerung von als Abfall betrachtetem metallischem Quecksilber
ABl. L 328 vom 10.12.2011, S. 49-52

Schlussfolgerungen des Rates zur Leitinitiative für Industriepolitik – verstärkte Umsetzung der Industriepolitik in der gesamten EU
Dok. 17851/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Folgenabschätzung
Dok. 16976/11

Schlussfolgerungen des Rates zu den Ergebnissen des Binnenmarktforums
Dok. 16978/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern auf dem Gebiet des Zollwesens
Dok. 16881/11 + REV 1 (it,el,es,fi,sv,et,lt,sk,sl,bg,ro) + REV 2 (sv,hu)

Schlussfolgerungen des Rates zur Einleitung von Initiativen für die gemeinsame Planung in den Bereichen "Intakte und fruchtbare Meere und Ozeane", "Das städtische Europa – globale Herausforderungen, gemeinsame europäische Lösungen", "Vernetzung des Klimawissens für Europa", "Die Problematik des Wassers in einer Welt im Wandel" und "Die mikrobielle Herausforderung – eine neue Gefahr für die menschliche Gesundheit"
Dok. 17424/11

Schlussfolgerungen des Rates über Partnerschaften im Bereich Forschung und Innovation
Dok. 17427/11 Annahme von Schlussfolgerungen des Rates

Entschließung des Rates vom 6. Dezember 2011 "Leitlinien zum Mehrwert und Nutzen des Weltraums für die Sicherheit der europäischen Bürger"
ABl. C 377 vom 23.12.2011, S. 1-4

3134. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 12./13. Dezember 2011 in Brüssel

Verordnung (EU) Nr. 70/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2012 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 32 vom 3.2.2012, S. 1-18

Verordnung (EU) Nr. 1342/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 bezüglich der Erweiterung des Grenzgebiets um den Oblast Kaliningrad und bestimmte polnische Verwaltungsbezirke
ABl. L 347 vom 30.12.2011, S. 41-43

Verordnung (EU) Nr. 1310/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates im Hinblick auf rückzahlbare Unterstützung und Finanzierungstechniken und bestimmte Bestimmungen im Zusammenhang mit der Ausgabenerklärung
ABl. L 337 vom 20.12.2011, S. 1-4

Verordnung (EU) Nr. 1311/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates zu Vorkehrungen für die finanzielle Abwicklung in Bezug auf bestimmte, hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffene bzw. ernstlich bedrohte Mitgliedstaaten
ABl. L 337 vom 20.12.2011, S. 5-8

Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Mehrjahresprogramm für die Funkfrequenzpolitik
Dok. 16226/1/11 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates "Offenes Internet und Netzneutralität in Europa"
Dok. 17904/11

3135. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 13./14. Dezember 2011 in Brüssel

Schlussfolgerungen des Rates über den Ausbau der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs im Bereich der Bekämpfung der Geldfälschung, insbesondere beim Euro
Dok. 14401/2/11 REV 2

Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie im Internet – Die Wirksamkeit der Polizeiarbeit in den Mitgliedstaaten und in Drittländern steigern
Dok. 15783/3/11 REV 3

Schlussfolgerungen des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Europäischen Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen
Dok. 18296/1/11 REV 1

2011/842/EU: Beschluss des Rates vom 13. Dezember 2011 über die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Fürstentum Liechtenstein
ABl. L 334 vom 16.12.2011, S. 27-28

Schlussfolgerungen des Rates über eine bessere Nutzung von SIS und SIRENE für den Austausch von Informationen über Drittstaatsangehörige, denen die Einreise verweigert wird
Dok. 16951/11

Schlussfolgerungen des Rates über angemessene Mittel zur Vorbereitung der institutionellen SIS-Nutzer der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine qualitative Verbesserung der SIS 1+-Daten im Vorfeld ihrer Migration zum SIS II
Dok. 15550/1/11 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zu den nationalen Aus- und Fortbildungssystemen und dem gemeinsamen Aus- und Fortbildungssystem für die SIRENE-Operateure
Dok. 15551/11

Schlussfolgerungen des Rates zu einer Vision für die Europäische Kriminaltechnik 2020, einschließlich der Schaffung eines Europäischen kriminaltechnischen Raums und der Entwicklung kriminaltechnischer Infrastrukturen in Europa
Dok. 17537/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Prävention und Bekämpfung von Straftaten gegen Kulturgüter
Dok. 17541/11

Schlussfolgerungen des Rates zur Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres im Rahmen der Östlichen Partnerschaft
Dok. 17596/11

Schlussfolgerungen des Rates über die Zusammenarbeit zwischen der EU und Osteuropa bei der Drogenbekämpfung
Dok. 17728/11

Schlussfolgerungen des Rates zu neuen psychoaktiven Substanzen
Dok. 17730/11

Schlussfolgerungen des Rates zur verstärkten Umsetzung der "Prümer Beschlüsse" nach Ablauf der Frist vom 26. August 2011
Dok. 17762/11

Schlussfolgerungen des Rates über den Ausbau der polizeilichen Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Hinblick auf die Sicherheit bei Sportveranstaltungen
Dok. 17555/11 + COR 1 + COR 2

Entschließung des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Zukunft der Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung im Zollbereich
ABl. C 5 vom 7.1.2012, S. 1-3

2011/887/EU: Beschluss des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Litauen
ABl. L 344 vom 28.12.2011, S. 36-37

2011/888/EU: Beschluss des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten mit Litauen
ABl. L 344 vom 28.12.2011, S. 38-38

Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Australien über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records – PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an den Australian Customs and Border Protection Service
Dok. 9825/11 + COR 1 (fi)

Schlussfolgerungen des Rates zu einem integrierten Konzept für eine effizientere Risiko-, Notfall- und Krisenkommunikation
Dok. 17122/11 + COR 1 + COR 2 (fi) + COR 3 + REV 1 (pl) + REV 1 COR 1 + REV 2 (cs) + REV 2 COR 1 + REV 3 (de, mt, sl) + REV 3 COR 1 + REV 4 (ro) + REV 4 COR 1 + REV 5 (el)

Verordnung (EU) Nr. 1295/2011 des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 zur Einführung bestimmter restriktiver Maßnahmen gegenüber der Republik Guinea
ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 1-2

3137. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 15./16. Dezember 2011 in Brüssel

Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2000/75/EG hinsichtlich der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit
Dok. 16696/1/11 REV 1 + ADD 1 REV 1

Verordnung (EU) Nr. 1312/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zur finanziellen Abwicklung für bestimmte Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind
ABl. L 339 vom 21.12.2011, S. 1-3

Schlussfolgerungen des Rates betreffend den Sonderbericht Nr. 5/2011 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Betriebsprämienregelung - Fragestellungen im Hinblick auf ein besseres Finanzmanagement"
Dok. 17584/11

2012/19/EU: Beschluss des Rates vom 16. Dezember 2011 zur Genehmigung – im Namen der Europäischen Union – der Erklärung über die Gewährung von Fangmöglichkeiten in EU-Gewässern für Fischereifahrzeuge, die die Flagge der Bolivarischen Republik Venezuela führen, in der ausschließlichen Wirtschaftszone vor der Küste von Französisch-Guayana
ABl. L 6 vom 10.1.2012, S. 8-9

Verordnung (EU) Nr. 1388/2011 des Rates vom 16. Dezember 2011 zur Festsetzung der Orientierungspreise und der Produktionspreise der Union für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2012 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 104/2000
ABl. L 346 vom 30.12.2011, S. 1-5

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Handelsübereinkommens zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, Australien, Kanada, Japan, der Republik Korea, den Vereinigten Mexikanischen Staaten, dem Königreich Marokko, Neuseeland, der Republik Singapur, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika
Dok. 12192/11 + REV 2 (sv)

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im Gemischten Ausschuss, der mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit eingesetzt wurde, zur Ersetzung des Anhangs II des Abkommens über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit
Dok. 16232/11

3139. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 19. Dezember 2011 in Brüssel

Verordnung (EU) Nr. 1386/2011 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren auf die Kanarischen Inseln
ABl. L 345 vom 29.12.2011, S. 1-7

Beschluss Nr. 895/2011/EU des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung der Entscheidung 2002/546/EG hinsichtlich ihrer Geltungsdauer
ABl. L 345 vom 29.12.2011, S. 17-17

Beschluss Nr. 896/2011/EU des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung der Entscheidung 2007/659/EG hinsichtlich ihrer Geltungsdauer und des Jahreskontingents, für das ein ermäßigter Verbrauchsteuersatz gilt
ABl. L 345 vom 29.12.2011, S. 18-19

Verordnung (EU) Nr. 1359/2011 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 7/2010 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren
ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 11-17

Verordnung (EU) Nr. 1344/2011 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren sowie Fischereierzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96
ABl. L 349 vom 31.12.2011, S. 1-89

Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit
Dok. 17318/11

Beschluss des Rates über das Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013)
Dok. 17503/11

2011/900/EU: Beschluss des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung seiner Geschäftsordnung
ABl. L 346 vom 30.12.2011, S. 17-18

Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)"
Dok. 18398/11

Schlussfolgerungen des Rates zur integrierten Meerespolitik
Dok. 18279/11

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1389/2011 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Trichlorisocyanursäure mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates
ABl. L 346 vom 30.12.2011, S. 6-16

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Neuseeland über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung Neuseelands an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union
Dok. 14790/11

Schlussfolgerungen des Rates "Biodiversitätsstrategie der EU für den Zeitraum bis 2020: auf dem Weg zur Umsetzung"
Dok. 18374/11

Schlussfolgerungen des Rates "Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa"
Dok. 18346/11

Schriftliches Verfahren vom 19. Dezember 2011

Verordnung (EU) Nr. 5/2012 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen im Schwarzen Meer (2012)
ABl. L 3 vom 6.1.2012, S. 1-3

Beschluss 2011/857/GASP des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2005/889/GASP zur Einrichtung einer Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschatzes am Grenzübergang Rafah (EU BAM Rafah)
ABl. L 338 vom 21.12.2011, S. 52-53

Beschluss 2011/858/GASP des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung und Verlängerung des Beschlusses 2010/784/GASP über die Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS)
ABl. L 338 vom 21.12.2011, S. 54-54

Schriftliches Verfahren vom 20. Dezember 2011

2012/15/EU: Beschluss des Rates vom 20. Dezember 2011 zur Aufhebung des Beschlusses 2011/491/EU über die Unterzeichnung, im Namen der Europäischen Union, und vorläufige Anwendung des Protokolls zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Marokko
ABl. L 6 vom 10.1.2012, S. 1-2

Beschluss 2011/867/GASP des Rates vom 20. Dezember 2011 zur Änderung des Beschlusses 2011/137/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen
ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 56-56

Verordnung (EU) Nr. 1360/2011 des Rates vom 20. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen
ABl. L 341 vom 22.12.2011, S. 18-18

Schriftliches Verfahren vom 22. Dezember 2011

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1375/2011 des Rates vom 22. Dezember 2011 zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 687/2011
ABl. L 343 vom 23.12.2011, S. 10-13

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3131. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 1./2. Dezember 2011 in Brüssel Verordnung (EU) Nr. 1337/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zu europäischen Statistiken über Dauerkulturen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates und der Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 54/2/11 REV 2	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer DE: Enthaltung
3134. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 12./13. Dezember 2011 in Brüssel Verordnung (EU) Nr. 70/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2012 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 61/1/11 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EU) Nr. 1342/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 bezüglich der Erweiterung des Grenzgebiets um den Oblast Kaliningrad und bestimmte polnische Verwaltungsbezirke	PE-CONS 63/1/11 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer SL: Enthaltung

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
DEZEMBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission Der Rat und die Kommission bestätigen hiermit, dass mit der vorliegenden Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006 sowohl die außergewöhnliche geografische Lage der Kaliningradsckaja Oblast der Russischen Föderation als auch die Besonderheit des im Anhang zur Verordnung bezeichneten Grenzgebiets auf polnischer Seite anerkannt wird. Das Grenzgebiet auf der polnischen Seite wird zusammen mit dem auf der russischen Seite als ein singulärer und einzigartiger Sonderfall betrachtet. Die Änderung stellt keinen Präzedenzfall dar. Sie berührt nicht die allgemeine Definition des Begriffs "Grenzgebiet" nach der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006, und die in jener Verordnung festgelegten Vorschriften und Bedingungen werden uneingeschränkt geachtet. Den Sicherheitsmaßnahmen, die die praktische Umsetzung der geänderten Verordnung im Hoheitsgebiet der Republik Polen betreffen, wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die zuständigen polnischen Behörden werden sicherstellen, dass Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, die den in der Verordnung festgelegten Standards entsprechen. Die Kommission wird dem Europäischen Parlament und dem Rat zweijährlich und erstmals ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung einen Bericht über die Durchführung und das Funktionieren der geänderten Verordnung und über das nach Maßgabe dieser Verordnung geschlossene bilaterale Abkommen vorlegen, insbesondere um deren Auswirkung in den Bereichen Sicherheit und Migration zu beurteilen. Die Kommission wird den Rat jederzeit über alle wichtigen Folgewirkungen oder Ereignisse im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Verordnung unterrichten. Erklärung Polens Polen begrüßt nachdrücklich den Vorschlag für eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1931/2006, mit der die Regelung für den Kleinen Grenzverkehr auf das gesamte Gebiet von Kaliningrad sowie auf ausgewählte Verwaltungsbezirke auf der polnischen Seite ausgedehnt werden soll. Der Grundsatz, dass kein Präzedenzfall geschaffen wird, ist nach wie vor zentraler Aspekt der vorgeschlagenen Maßnahme. Um ein hohes Maß an Sicherheit und Transparenz bei der Durchführung einer etwaigen künftigen Vereinbarung mit der Russischen Föderation über den Abschluss des entsprechenden bilateralen Abkommens zu gewährleisten, erklärt Polen hiermit, dass es 1. – auch über das Internet – gut abgestimmte Informationskampagnen durchführen wird, die sich an die Personen, die von der Regelung für den Kleinen Grenzverkehr profitieren, sowie an die örtlichen Behörden in den Verwaltungsbezirken, Beamte der Gemeindepolizei, Verkehrsbehörden und Tourismusorganisationen richten. Besondere Maßnahmen werden von den Konsuln durchgeführt werden; 2. den Strom der Personen, die eine Genehmigung für den Kleinen Grenzverkehr besitzen, mit Hilfe des vom Grenzschutz verwendeten besonderen IT-Systems regelmäßig überwachen wird. Die erhobenen statistischen Daten werden im Interesse der uneingeschränkten Transparenz der Europäischen Kommission übermittelt;			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
DEZEMBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
3. ein spezielles Ausbildungsprogramm für die für die Personenkontrollen zuständigen Strafverfolgungsbehörden, einschließlich Grenzschutz, Zollverwaltung und Polizei, einführen wird. Diese Spezialausbildung sollen auch die in der Stadt Kaliningrad tätigen polnischen Konsuln erhalten; 4. die verstärkte Risikoanalyse des Grenzschutzes und der Polizei in Bezug auf den Personenverkehr im erweiterten Gebiet des Kleinen Grenzverkehrs nutzen und erforderlichenfalls zusätzliche Ressourcen wie mobile Grenzschutzeinheiten einsetzen wird. Polen wird die vorgenannten Maßnahmen gegebenenfalls in enger Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation und mit Mitgliedstaaten, die hieran ein besonderes Interesse haben, durchführen.			
Verordnung (EU) Nr. 1310/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates im Hinblick auf rückzahlbare Unterstützung und Finanzierungstechniken und bestimmte Bestimmungen im Zusammenhang mit der Ausgabenerklärung	PE-CONS 65/1/11 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates Der Rat bestätigt, dass im Hinblick auf eine höhere Rechtssicherheit und Rechtsklarheit in Bezug auf die Anwendung einer bestehenden Praxis die Änderungen betreffend die rückzahlbare Beihilfe die Anwendung einer solchen Art der Beihilfe für den nächsten Programmplanungszeitraum 2014-2020 nicht präjudizieren.			
Erklärung der Kommission (zum Anwendungsbereich der Definition einer Kreditlinie) Der Kommissionsvorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates fügt einen neuen Abschnitt 3a über rückzahlbare Beihilfe einschließlich Vorschriften für Formen rückzahlbarer Beihilfe (Artikel 43a) und deren erneute Verwendung (Artikel 43b) hinzu.. In Bezug auf die Reichweite der rückzahlbaren Beihilfe sieht der Vorschlag zwei verschiedene unter den neuen Nummern 8 und 9 des Artikels 2 definierte Formen rückzahlbarer Beihilfe vor: a) den rückzahlbaren Zuschuss und b) die Kreditlinie. Der Vorschlag stellt des Weiteren klar, dass Ausgabenerklärungen zu rückzahlbaren Beihilfen im Einklang mit Artikel 78 Absätze 1 bis 5 vorgelegt werden. Die Kommission möchte betonen, dass – in Anbetracht der gezielten Einordnung unter einen separaten Abschnitt – der Begriff Kreditlinie, wie er in Artikel 2 Nummer 9 definiert wird, nur im Zusammenhang mit rückzahlbarer Beihilfe verwendet werden kann.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
DEZEMBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission (zu den Ergebnissen der Bestandsaufnahme in Bezug auf Fälle einer rückzahlbaren Beihilfe) Die Änderung spiegelt die Ergebnisse einer Bestandsaufnahme wider und berücksichtigt von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellte Informationen. Während dieser Bestandsaufnahme hat die Kommission Systeme und Maßnahmen ermittelt, die auf rückzahlbaren Formen von Beihilfe basieren und als rückzahlbare Zuschüsse oder Kreditlinien bezeichnet werden, die jedoch nicht über die Merkmale von Finanzierungsinstrumenten verfügen, wie sie in Artikel 44 der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates definiert sind. Diese Änderung zielt darauf ab, Mitgliedstaaten, die solche Arten von Systemen oder Maßnahmen durchführen, Rechtssicherheit zu bieten. Die Ausgabenerklärung wird für diese Arten von Systemen oder Maßnahmen gemäß den auf Beihilfen anwendbaren Regelungen des Artikels 78 Absätze 1 bis 5 derselben Verordnung vorgelegt. Soweit der Kommission bekannt ist, decken die neuen Vorschriften alle während der Bestandsaufnahme ermittelten Maßnahmen ab, die unzweifelhaft von der Definition in der Änderung erfasst werden. Erklärung der Kommission (zur frühzeitigen Verwendung von Finanzierungsinstrumenten) Für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 wurden neue Finanzierungsformen für Beihilfen entwickelt, wobei von der herkömmlichen zuschussbasierten Finanzierung zugunsten revolvingender Finanzierungsformen abgerückt wurde. Die Europäische Kommission erkennt die Wichtigkeit der Finanzierungsinstrumente an als Mittel zum effektiveren Gebrauch von Strukturfonds und als Katalysatoren für öffentliche und private Mittel, mit denen das Investitionsvolumen, das für die Umsetzung der Strategie Europa 2020 erforderlich ist, erreicht werden kann. Gleichzeitig nimmt die Kommission die Ansicht des Rechnungshofs zur Notwendigkeit der Sicherung einer frühzeitigen Verwendung der durch die Finanzierungsinstrumente zur Verfügung gestellten Mittel zur Kenntnis. Der Kommissionsvorschlag zielte auf die Einführung einer rechtlichen Verpflichtung ab, um sicherzustellen, dass die finanzielle Beteiligung, die von Verwaltungsbehörden für die Einrichtung von Finanzierungsinstrumenten oder für einen Beitrag zu diesen gezahlt wurde, innerhalb von zwei Jahren nach dem Datum der einschlägigen bescheinigten Ausgabenerklärung für zuschussfähige Ausgaben genutzt wird. Die Kommission nimmt die Position der Mitgliedstaaten, dass die obengenannte Vorschrift nicht Teil der gegenwärtigen Rechtsvorschriften sei, zur Kenntnis und blickt der Aussprache über die frühzeitige Verwendung im Rahmen der Verhandlungen über das Legislativpaket zur Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 erwartungsvoll entgegen.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Sloweniens, der Tschechischen Republik, Litauens, Ungarns, der Slowakei, des Vereinigten Königreichs und Lettlands (zur Anwendung der Finanzierungstechniken auf den Kohäsionsfonds) Slowenien, die Tschechische Republik, Litauen, Ungarn, die Slowakei, das Vereinigte Königreich und Lettland teilen uneingeschränkt die Ansicht, dass Finanzierungsinstrumente wichtige Mittel für eine effektivere Verwendung von Strukturfonds darstellen und als Katalysatoren für öffentliche und private Mittel dienen, mit denen das Investitionsvolumen, das für die Umsetzung der Strategie Europa 2020 erforderlich ist, erreicht werden kann. Mithilfe der Finanzierungstechniken können wir eindeutig mehr Ergebnisse mit der gleichen Menge an Mitteln der öffentlichen Kohäsionspolitik erzielen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Reichweite des Kohäsionsfonds für den Zeitraum 2007-2013 auch auf Nebenprojekte – einschließlich derjenigen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung – ausgedehnt wurde, haben wir vorgeschlagen, die Anwendung der Finanzierungstechniken auch auf den Kohäsionsfonds auszudehnen. Obwohl dieser Vorschlag unter den Mitgliedstaaten breite Zustimmung fand, ist er nicht in den Verordnungsvorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates im Hinblick auf rückzahlbare Beihilfen, Finanzierungstechniken und bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Ausgabenerklärung aufgenommen worden. Unseres Erachtens ist das eine verpasste Gelegenheit in der Frage, wie die im Rahmen der Kohäsionspolitik verfügbaren Mittel bereits innerhalb des jetzigen Finanzrahmens wirksam eingesetzt werden können, was in weiterer Folge dazu führt, dass diese Mittel aufgrund der restriktiven Vorschriften der gegenwärtig diskutierten allgemeinen Verordnung ausschließlich in Form von einfachen Beihilfen bereitgestellt werden müssen. Wir begrüßen die Absicht der Kommission, auch beim Kohäsionsfonds im Zeitraum 2014-2020 Finanzierungstechniken zu ermöglichen. Deshalb ist es bedauerlich, dass wir es nicht geschafft haben, den jetzigen Zeitraum zumindest für die Einführung von Pilotsystemen zu nutzen – wenn auch nur in wenigen Bereichen (z.B. Energieeffizienz und erneuerbare Energie) – und so den Beginn der Umsetzung ab 2014 zu beschleunigen. Erklärung Portugals, Ungarns und Lettlands (zu Rückerstattungen im Rahmen von Vorhaben mit rückzahlbaren Beihilfen) Portugal, Ungarn und Lettland vertreten die Auffassung, dass zur Gewährleistung größerer Rechtssicherheit und Rechtsklarheit in Bezug auf die Anwendung einer bestehenden Praxis die im Rahmen von Vorhaben mit rückzahlbaren Beihilfen rückerstatteten Beträge gemäß Artikel 43a bzw. Artikel 43b nicht als Abzüge oder Einbehalte im Sinne von Artikel 80 der allgemeinen Verordnung betrachtet werden sollen.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
DEZEMBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Niederlande (zur Nutzung von Finanzierungsinstrumenten) Die Niederlande unterstreichen die Bedeutung der Qualität der Rechtsetzung und der Rechtssicherheit. Angesichts der laufenden Beratungen über die gewünschte Form bzw. die Kriterien der Nutzung von Finanzierungsinstrumenten, insbesondere im Rahmen der Haushaltsordnung, sollte dieser spezielle Vorschlag zukünftige Beschlüsse über die Nutzung von Finanzierungsinstrumenten nicht präjudizieren. Nur wenn die Voraussetzungen für die Nutzung solcher Finanzierungsinstrumente nach den entsprechenden rechtlichen Verfahren ordnungsgemäß in Rechtsvorschriften festgelegt worden sind, sollte die Einrichtung von Finanzierungsinstrumenten gestattet werden. Dies erfordert dringend klarere Bestimmungen in Bezug auf die Bedingungen, unter denen Finanzierungsinstrumente eingerichtet und genutzt werden können oder nicht. Die Niederlande stimmen diesem Vorschlag über Finanzierungsinstrumente widerstrebend zu und werden alle zukünftigen Versuche einer rückwirkenden Legalisierung von Finanzierungsinstrumenten negativ bewerten.			
Verordnung (EU) Nr. 1311/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates zu Vorkehrungen für die finanzielle Abwicklung in Bezug auf bestimmte, hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffene bzw. ernstlich bedrohte Mitgliedstaaten	PE-CONS 66/1/11 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Gemeinsame Erklärung der Kommission und des Rates zu den Auswirkungen auf den Haushalt Der Rat und die Kommission sind der Auffassung, dass die betreffende Verordnung auch im Zusammenhang mit den Haushaltsbeschränkungen gesehen werden muss, die alle Mitgliedstaaten betreffen und die im EU-Haushalt für die Jahre 2012 und 2013 angemessen berücksichtigt werden sollten. Alle infolge des Inkrafttretens dieser Verordnung aufgestockten Zahlungsbeträge sollten dergestalt berücksichtigt werden, dass die Kommission bis September 2012 aktualisierte Zahlenangaben hinsichtlich der Mittel für Zahlungen im Rahmen der Teilrubrik 1b vorlegt und erforderlichenfalls für 2012 eine globale Mittelübertragung vornimmt, vorbehaltlich des sonstigen Bedarfs, der möglicherweise im Rahmen anderer Rubriken des Finanzrahmens besteht, sowie – falls dann noch erforderlich – den Entwurf eines Berichtigungshaushaltsplans ausschließlich für diesen Zweck vorlegt.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
DEZEMBER 2011**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung des Rates zur Kofinanzierung und zur Vorausschau für den Zeitraum 2014-2020 Der Rat bestätigt, dass der Grundsatz der Kofinanzierung ein Grundprinzip der Kohäsionspolitik darstellt, da er Eigenverantwortung und Verantwortlichkeit gewährleistet und dafür sorgt, dass die Projekte ausgewählt werden, die den größten Zusatznutzen bieten. Jede Lockerung dieses Grundsatzes sollte daher auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben. Mit der jetzt vorgenommenen Änderung, die in Anbetracht der beispiellosen Krise, die die internationalen Finanzmärkte beeinträchtigt, und angesichts des Wirtschaftsabschwungs gerechtfertigt ist, sollte dem Ergebnis der Verhandlungen über das Legislativpaket zur Kohäsionspolitik für den nächsten Finanzierungszeitraum nicht vorgegriffen werden. Erklärung der Republik Bulgarien 1. Die Republik Bulgarien hat stets die Auffassung vertreten, dass es zur Lösung der mit der Finanz- und Wirtschaftskrise verbundenen Probleme eines koordinierten Vorgehens auf EU-Ebene bedarf. Die Krise hat die nationalen Haushalte unter Druck gesetzt und behindert die Investitionstätigkeit in der Europäischen Union. 2. Die Republik Bulgarien hat nach wie vor schwerwiegende Vorbehalte gegen den Vorschlag, die Sätze für die Kofinanzierung aus den EU-Fonds für die EU-Mitgliedstaaten, für die ein Finanzhilfeprogramm aufgelegt wurde, vorübergehend anzuheben. 3. Dieses Vorgehen stellt eine Diskriminierung der Mitgliedstaaten dar, die in den Krisenjahren außerordentliche Anstrengungen unternommen haben, um die Finanz- und Haushaltsdisziplin zu wahren, und dadurch nicht in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sind. Die vorgeschlagene Regelung hätte zudem Anreize für Anstrengungen disziplinierter Mitgliedstaaten vorsehen müssen. Sie hätte auch die Mitgliedstaaten einbeziehen müssen, die Finanz- und Haushaltsdisziplin üben, aber wegen der Wirtschaftskrise zeitweilig Mühe haben, die Kofinanzierung weiter sicherzustellen. 4. Die Ablehnung eines solchen Vorgehens könnte zu "falschen Anreizen" für diejenigen führen, die keine Finanz- und Haushaltsdisziplin üben. Die Änderung in Artikel 77 könnte die Mitgliedstaaten möglicherweise davon abhalten, den Stabilitäts- und Wachstumspakt einzuhalten und eine solide und tragfähige Haushaltspolitik zu verfolgen. 5. Dieser Standpunkt ist vom bulgarischen Ministerpräsident auf der Tagung des Europäischen Rates sowie auf den Tagungen des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) und des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vertreten worden. Er wird auch vom bulgarischen Parlament geteilt.			
Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass eines Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Mehrjahresprogramm für die Funkfrequenzpolitik	16226/1/11 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer BE: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärungen der Kommission 1. zur Aufnahme einer Bezugnahme auf die Gruppe für Frequenzpolitik in Artikel 9 Absatz 2: Die Kommission stellt fest, dass sie gemäß Artikel 9 Absatz 2 verpflichtet wäre, die Ansichten der Gruppe für Frequenzpolitik weitestgehend zu berücksichtigen, bevor sie Durchführungsrechtsakte zu der Bestandsaufnahme erlässt. Nach Auffassung der Kommission gibt es im Falle von Durchführungsrechtsakten keine anderen Verfahrensvorschriften als die des Artikels 291 AEUV. Die Gruppe für Frequenzpolitik wurde von der Kommission selbst eingesetzt, um deren fachlichen Rat in Anspruch nehmen zu können, was die Kommission auch weiterhin tun wird, da die Gruppe ihres Erachtens eine wichtige Beratungsfunktion hat und in politischen Fragen wertvolle Zuarbeit leistet; aber es ist Sache der Kommission, die Gruppe dann zu konsultieren, wenn sie es für notwendig hält. 2. zu Artikel 10 Absatz 1 betreffend internationale Verhandlungen: Die Kommission bekräftigt ihre Auslegung der Bezugnahmen auf die "Zuständigkeit der Mitgliedstaaten" als nicht der Europäischen Union übertragene Zuständigkeit. Sie erinnert auch daran, dass die Verträge in ihrer Gesamtheit anwendbar bleiben, gegebenenfalls insbesondere auch Artikel 218 Absatz 9 AEUV. 3. zum Verfahren der Annahme von Durchführungsrechtsakten gemäß Artikel 13: Die Kommission unterstreicht, dass eine systematische Berufung auf Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 2 Buchstabe b gegen Geist und Buchstabe der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 verstoßen würde. Um diese Bestimmung geltend machen zu können, muss eine spezifische Notwendigkeit gegeben sein, von der Grundsatzregelung abzuweichen, der zufolge die Kommission den im Entwurf vorliegenden Durchführungsrechtsakt erlassen darf, wenn keine Stellungnahme vorliegt. Da Unterabsatz 2 Buchstabe b ein Abweichen von der in Artikel 5 Absatz 4 aufgestellten allgemeinen Regel beschreibt, kann die Anwendung dieser Bestimmung nicht ohne Weiteres in das Ermessen des Gesetzgebers gestellt werden, sondern sie ist restriktiv auszulegen und daher zu begründen.			
3137. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 15./16. Dezember 2011 in Brüssel Standpunkt des Rates in erster Lesung im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2000/75/EG hinsichtlich der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit	16696/1/11 REV 1 + ADD 1 REV 1	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EU) Nr. 1312/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften zur finanziellen Abwicklung für bestimmte Mitgliedstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen oder bedroht sind	PE-CONS 70/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer dagegen: BG
3139. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 19. Dezember 2011 in Brüssel			
Verordnung (EU) Nr. 1386/2011 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Einfuhren bestimmter gewerblicher Waren auf die Kanarischen Inseln	17977/11 + REV 1 (fi)	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Beschluss Nr. 895/2011/EU des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung der Entscheidung 2002/546/EG hinsichtlich ihrer Geltungsdauer	17993/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Beschluss Nr. 896/2011/EU des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung der Entscheidung 2007/659/EG hinsichtlich ihrer Geltungsdauer und des Jahreskontingents, für das ein ermäßigter Verbrauchsteuersatz gilt	17995/11	qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3130. Tagung des Rates der Europäischen Union (AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN) vom 1. Dezember 2011 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates zu Syrien Dok. 17965/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Jemen Dok. 17963/11 Schlussfolgerungen des Rates zu Ägypten Dok. 17966/11 Schlussfolgerungen des Rates zur Reaktion der EU auf die Entwicklungen in der südlichen Nachbarschaft Dok. 17967/11 3131. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 1./2. Dezember 2011 in Brüssel 2011/831/EU: Beschluss des Rates vom 1. Dezember 2011 über die praktischen und verfahrenstechnischen Modalitäten für die Ernennung von vier Mitgliedern der europäischen Jury für die Maßnahme der Europäischen Union für das Europäische Kulturerbe-Siegel durch den Rat Dok. 16808/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 6/2011 des Europäischen Rechnungshofs über die Wirksamkeit der aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanzierten Projekte im Bereich Tourismus Dok. 16947/11	
Schlussfolgerungen des Rates "Folgemaßnahmen zum ersten Europäischen Semester und thematische Überwachung in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik" Dok. 17423/11 + COR 1	
Schlussfolgerungen des Rates "Alterung als Chance für den Arbeitsmarkt und für die Entwicklung von Sozialdienstleistungen und Gemeinschaftsaktivitäten" Dok. 16474/11	
Erklärung der Republik Zypern Zypern merkt zu Nummer 3 der Schlussfolgerungen (in Dok. 16474/11) an, dass es sich im März bei der Annahme der Schlussfolgerungen des Rates zum Gemeinsamen Beschäftigungsbericht der Stimme enthalten hatte. Zypern hatte bei den damaligen Schlussfolgerungen Bedenken zu den Bezugnahmen auf die Umsetzung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen, die auf die Anhebung des tatsächliche Renteneintrittsalters ausgerichtet sind, sowie auf die bedingungslose Kopplung der Lohnfestlegung an die Produktivität angemeldet.	
Schlussfolgerungen des Rates "Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing – Frauen und Wirtschaft: Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben als Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt" Dok. 17420/11 + REV 1 (fr)	
Schlussfolgerungen des Rates vom 2. Dezember 2011 zur Prävention, Frühdiagnose und Behandlung chronischer Atemwegserkrankungen bei Kindern Dok. 16709/11 +REV 1 (pl)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates vom 2. Dezember 2011 zur Früherkennung und Behandlung von Kommunikationsstörungen bei Kindern, einschließlich des Einsatzes von e-Health-Instrumenten und innovativer Lösungen Dok. 16620/11 + REV 1 (pl) Schlussfolgerungen des Rates zur Behebung des Gesundheitsgefälles innerhalb der EU durch ein abgestimmtes Vorgehen im Hinblick auf die Förderung von gesunden Lebensweisen Dok. 16708/11 + REV 1 (pl) 3133. Tagung des Rates der Europäischen Union (WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)) vom 5./6. Dezember 2011 in Brüssel Richtlinie 2011/97/EU des Rates vom 5. Dezember 2011 zur Änderung der Richtlinie 1999/31/EG im Hinblick auf spezifische Kriterien für die Lagerung von als Abfall betrachtetem metallischem Quecksilber Dok. 16085/11 Schlussfolgerungen des Rates zur Leitinitiative für Industriepolitik – verstärkte Umsetzung der Industriepolitik in der gesamten EU Dok. 17851/11 Schlussfolgerungen des Rates zur Folgenabschätzung Dok. 16976/11 Schlussfolgerungen des Rates zu den Ergebnissen des Binnenmarktförums Dok. 16978/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zur Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern auf dem Gebiet des Zollwesens Dok. 16881/11 + REV 1 (it,el,es,fi,sv,et,lt,sk,sl,bg,ro) + REV 2 (sv,hu) Schlussfolgerungen des Rates zur Einleitung von Initiativen für die gemeinsame Planung in den Bereichen "Intakte und fruchtbare Meere und Ozeane", "Das städtische Europa – globale Herausforderungen, gemeinsame europäische Lösungen", "Vernetzung des Klimawissens für Europa", "Die Problematik des Wassers in einer Welt im Wandel" und "Die mikrobielle Herausforderung – eine neue Gefahr für die menschliche Gesundheit" Dok. 17424/11 Schlussfolgerungen des Rates über Partnerschaften im Bereich Forschung und Innovation Dok. 17427/11 Entschließung des Rates vom 6. Dezember 2011 "Leitlinien zum Mehrwert und Nutzen des Weltraums für die Sicherheit der europäischen Bürger" Dok. 17828/11 3134. Tagung des Rates der Europäischen Union (VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE) vom 12./13. Dezember 2011 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates "Offenes Internet und Netzneutralität in Europa" Dok. 17904/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
3135. Tagung des Rates der Europäischen Union (JUSTIZ und INNERES) vom 13./14. Dezember 2011 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates über den Ausbau der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs im Bereich der Bekämpfung der Geldfälschung, insbesondere beim Euro Dok. 14401/2/11 REV 2 Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie im Internet – Die Wirksamkeit der Polizeiarbeit in den Mitgliedstaaten und in Drittländern steigern Dok. 15783/3/11 REV 3 Schlussfolgerungen des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Europäischen Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen Dok. 18296/1/11 REV 1 2011/842/EU: Beschluss des Rates vom 13. Dezember 2011 über die vollständige Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands im Fürstentum Liechtenstein Dok. 17219/11 Schlussfolgerungen des Rates über eine bessere Nutzung von SIS und SIRENE für den Austausch von Informationen über Drittstaatsangehörige, denen die Einreise verweigert wird Dok. 16951/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates über angemessene Mittel zur Vorbereitung der institutionellen SIS-Nutzer der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine qualitative Verbesserung der SIS 1+-Daten im Vorfeld ihrer Migration zum SIS II Dok. 15550/1/11 REV 1	
Schlussfolgerungen des Rates zu den nationalen Aus- und Fortbildungssystemen und dem gemeinsamen Aus- und Fortbildungssystem für die SIRENE-Operateure Dok. 15551/11	
Schlussfolgerungen des Rates zu einer Vision für die Europäische Kriminaltechnik 2020, einschließlich der Schaffung eines Europäischen kriminaltechnischen Raums und der Entwicklung kriminaltechnischer Infrastrukturen in Europa Dok. 17537/11	
Schlussfolgerungen des Rates zur Prävention und Bekämpfung von Straftaten gegen Kulturgüter Dok. 17541/11	
Schlussfolgerungen des Rates zur Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres im Rahmen der Östlichen Partnerschaft Dok. 17596/11	
Schlussfolgerungen des Rates über die Zusammenarbeit zwischen der EU und Osteuropa bei der Drogenbekämpfung Dok. 17728/11	
Schlussfolgerungen des Rates zu neuen psychoaktiven Substanzen Dok. 17730/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zur verstärkten Umsetzung der "Prümer Beschlüsse" nach Ablauf der Frist vom 26. August 2011 Dok. 17762/11	
Schlussfolgerungen des Rates über den Ausbau der polizeilichen Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Hinblick auf die Sicherheit bei Sportveranstaltungen Dok. 17555/11 + COR 1 + COR 2	
EntschlieÙung des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Zukunft der Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung im Zollbereich Dok. 17558/11 + COR 1 + REV 1 (es)	
2011/887/EU: Beschluss des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Litauen Dok. 14524/11	
2011/888/EU: Beschluss des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten mit Litauen Dok. 14525/11	
Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Australien über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records – PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an den Australian Customs and Border Protection Service Dok. 9825/11 + COR 1 (fi)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Erklärung Dänemarks Nach Artikel 28 des Abkommens kann die Europäische Kommission Australien notifizieren, dass Dänemark beschlossen hat, sich diesem Abkommen zu unterwerfen. Die Dänemark betreffende Notifizierung an Australien durch die Europäische Kommission kann erst dann erfolgen, wenn Dänemark im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften die erforderlichen Schritte unternommen hat, um sich Abkommen der Europäischen Union im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu unterwerfen. Bis dahin ist Dänemark gemäß dem Protokoll (Nr. 22) über die Position Dänemarks im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union weder an das Abkommen gebunden noch zu dessen Anwendung verpflichtet.	
Schlussfolgerungen des Rates zu einem integrierten Konzept für eine effizientere Risiko-, Notfall- und Krisenkommunikation Dok. 17122/11 + COR 1 + COR 2 (fi) + COR 3 + REV 1 (pl) + REV 1 COR 1+ REV 2 (cs) + REV 2 COR 1 + REV 3 (de, mt, sl) + REV 3 COR 1 + REV 4 (ro) + REV 4 COR 1 + REV 5 (el)	
Verordnung (EU) Nr. 1295/2011 des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 zur Einführung bestimmter restriktiver Maßnahmen gegenüber der Republik Guinea Dok. 16734/11	
3137. Tagung des Rates der Europäischen Union (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 15./16. Dezember 2011 in Brüssel	
Schlussfolgerungen des Rates betreffend den Sonderbericht Nr. 5/2011 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Betriebsprämienregelung - Fragestellungen im Hinblick auf ein besseres Finanzmanagement" Dok. 17584/11	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
DEZEMBER 2011**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
2012/19/EU: Beschluss des Rates vom 16. Dezember 2011 zur Genehmigung – im Namen der Europäischen Union – der Erklärung über die Gewährung von Fangmöglichkeiten in EU-Gewässern für Fischereifahrzeuge, die die Flagge der Bolivarischen Republik Venezuela führen, in der ausschließlichen Wirtschaftszone vor der Küste von Französisch-Guayana Dok. 8202/11 + COR 1 (en) + COR 2 (mt) + COR 3	Einstimmigkeit, Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer DK, NL: Enthaltung
Erklärung der Kommission <i>Betr.: Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Zugang von Fischereifahrzeugen, die die Flagge der Bolivarischen Republik Venezuela führen, zur ausschließlichen Wirtschaftszone vor der Küste des französischen Departements Guyana KOM(2010) 807 endg. - 2010/392 (NLE)</i> Die Kommission erinnert daran, dass Ziel und Zweck ihres Vorschlags darin bestehen, dass venezolanische Fischereifahrzeuge, die in EU-Gewässern vor der Küste des französischen Departements Guyana tätig sind, einen internationalen Zugangstitel in der Form einer Zustimmungserklärung des Rates erhalten, die gemäß der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs Rechtswirkung nach dem Völkerrecht hätte. Das vorgeschlagene internationale Instrument beschränkt sich nicht darauf, ausländischen Schiffen Fangmöglichkeiten zu gewähren, sondern soll auch eine internationale Grundlage dafür bieten, dass der Zugang mit einer Gegenleistung verbunden wird (z.B. der Auflage, dass ein bestimmter Prozentsatz der Fänge in Französisch Guyana angelandet werden muss) und den betreffenden Schiffen eine Reihe von Bestandserhaltungs- und Kontrollmaßnahmen (z.B. spezielles Fanggerät, Logbuch und vorgeschriebene Anwesenheit von Beobachtern) auferlegt werden können. Eine internationale Übereinkunft, die diese Komponenten umfasst, müsste auf der Grundlage von Artikel 43 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe a AEUV, d.h. nach dem Verfahren der Zustimmung, geschlossen werden. Folglich muss dies auch die Rechtsgrundlage für die Annahme der vorgeschlagenen Zustimmungserklärung des Rates sein. Ein Beschluss des Rates, der auf der Grundlage von Artikel 43 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 6 Buchstabe b angenommen wird, steht daher nicht im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags. Des Weiteren kann die Kommission den sich daraus ergebenden Wortlautänderungen des Rates nicht zustimmen, da sie darauf abzielen, den Gegenstand des geplanten internationalen Instruments auf eine reine Gewährung von Fangmöglichkeiten zu beschränken, wohingegen mit dem Instrument gerade beabsichtigt wird, Zugang zu EU-Gewässern zu gewähren und Bedingungen aufzuerlegen, die weit über den eigentlichen Begriff "Fangmöglichkeiten" hinausgehen. Die Kommission behält sich daher das Recht vor, von den im Vertrag vorgesehenen Rechtsmitteln Gebrauch zu machen.	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Verordnung (EU) Nr. 1388/2011 des Rates vom 16. Dezember 2011 zur Festsetzung der Orientierungspreise und der Produktionspreise der Union für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2012 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 104/2000 Dok. 17089/11 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Handelsübereinkommens zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, Australien, Kanada, Japan, der Republik Korea, den Vereinigten Mexikanischen Staaten, dem Königreich Marokko, Neuseeland, der Republik Singapur, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika Dok. 12192/11 + REV 2 (sv) Beschluss des Rates über den Standpunkt der Europäischen Union im Gemischten Ausschuss, der mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit eingesetzt wurde, zur Ersetzung des Anhangs II des Abkommens über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit Dok. 16232/11 3139. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 19. Dezember 2011 in Brüssel Verordnung (EU) Nr. 1359/2011 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 7/2010 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Zollkontingente der Union für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren Dok. 18122/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Verordnung (EU) Nr. 1344/2011 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Aussetzung der autonomen Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte landwirtschaftliche und gewerbliche Waren sowie Fischereierzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96 Dok. 18131/11 Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Demokratischen Volksrepublik Algerien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit Dok. 17318/11 Beschluss des Rates über das Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich (2012-2013) Dok. 17503/11 2011/900/EU: Beschluss des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung seiner Geschäftsordnung Dok. 17116/11 Schlussfolgerungen des Rates zum Thema "Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)" Dok. 18398/11 Schlussfolgerungen des Rates zur integrierten Meerespolitik Dok. 18279	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1389/2011 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Trichlorisocyanursäure mit Ursprung in der Volksrepublik China im Anschluss an eine Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates Dok. 17739/11 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Neuseeland über die Schaffung eines Rahmens für die Beteiligung Neuseelands an Krisenbewältigungsoperationen der Europäischen Union Dok. 14790/11 Schlussfolgerungen des Rates "Biodiversitätsstrategie der EU für den Zeitraum bis 2020: auf dem Weg zur Umsetzung" Dok. 18374/11 Schlussfolgerungen des Rates "Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa" Dok. 18346/11 Schriftliches Verfahren vom 19. Dezember 2011 Verordnung (EU) Nr. 5/2012 des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen im Schwarzen Meer (2012) Dok. 17674/11 + COR 1 (mt) + REV 1 (ro)	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
DEZEMBER 2011**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte
Abstimmungsergebnisse/Erklärungen**

Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission

Der Rat und die Kommission halten es beide für erforderlich, die 2011 eingeführten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, insbesondere die Inspektionspläne und Eckwerte, zu verstärken, um gegen Falschmeldungen und illegale Steinbutt Fischerei im Schwarzen Meer vorzugehen. Solche Maßnahmen sollten 2012 von den betroffenen Mitgliedstaaten gemeinsam mit der Kommission und in Absprache mit der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur entwickelt werden. Gemeinsame Maßnahmen Bulgariens und Rumäniens müssen vorangetrieben werden.

Erklärung Bulgariens

Bulgarien ist damit einverstanden, gemeinsam mit der Kommission und in Absprache mit der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur die 2011 eingeführten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, insbesondere die Inspektionspläne und Eckwerte, zu verstärken, um gegen Falschmeldungen und illegale Steinbutt Fischerei im Schwarzen Meer vorzugehen. Bulgarien erklärte sich damit einverstanden, der Kommission vor dem Beginn der Fangzeit spezifische Kontroll- und Überwachungspläne für Steinbutt vorzulegen. Bei der Festlegung und Umsetzung möglicher gemeinsamer Kontrollmaßnahmen in der Region ab Anfang 2012 wird Bulgarien mit Rumänien zusammenarbeiten.

Erklärung Rumäniens

Rumänien ist damit einverstanden, gemeinsam mit der Kommission und in Absprache mit der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur die 2011 eingeführten Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, insbesondere die Inspektionspläne und Eckwerte, zu verstärken, um gegen Falschmeldungen und illegale Steinbutt Fischerei im Schwarzen Meer vorzugehen. Rumänien erklärte sich damit einverstanden, der Kommission vor dem Beginn der Fangzeit spezifische Kontroll- und Überwachungspläne für Steinbutt vorzulegen. Bei der Festlegung und Umsetzung möglicher gemeinsamer Kontrollmaßnahmen in der Region ab Anfang 2012 wird Rumänien mit Bulgarien zusammenarbeiten.

Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission

Der Rat und die Kommission stimmen darin überein, dass die regionale Zusammenarbeit in Bezug auf die Fischerei im Schwarzen Meer verstärkt werden sollte, um die nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände in diesem Gebiet, insbesondere im Rahmen der GFCM, zu fördern; sie werden auch weiterhin im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten entsprechende Schritte unternehmen, um einen spezifischen Bewirtschaftungsrahmen für das Schwarze Meer voranzubringen.

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Beschluss 2011/857/GASP des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2005/889/GASP zur Einrichtung einer Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EU BAM Rafah) Dok. 16719/11 Beschluss 2011/858/GASP des Rates vom 19. Dezember 2011 zur Änderung und Verlängerung des Beschlusses 2010/784/GASP über die Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS) Dok. 16731/11 + COR 1 Schriftliches Verfahren vom 20. Dezember 2011 2012/15/EU: Beschluss des Rates vom 20. Dezember 2011 zur Aufhebung des Beschlusses 2011/491/EU über die Unterzeichnung, im Namen der Europäischen Union, und vorläufige Anwendung des Protokolls zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Marokko Dok. 18687/11 Beschluss 2011/867/GASP des Rates vom 20. Dezember 2011 zur Änderung des Beschlusses 2011/137/GASP des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen Dok. 18628/11	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE DEZEMBER 2011	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/Erklärungen
Verordnung (EU) Nr. 1360/2011 des Rates vom 20. Dezember 2011 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen Dok. 18629/11 Schriftliches Verfahren vom 22. Dezember 2011 Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1375/2011 des Rates vom 22. Dezember 2011 zur Durchführung des Artikels 2 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001 über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 687/2011 Dok. 18503/11	